

Buchbesprechungen

Anton Pelinka

DEMOKRATIE IN INDIEN. Subhas Chandra Bose und das Werden der politischen Kultur. Innsbruck 2005, Studienverlag, 297 S., 35,00 EUR.

(In englischer Sprache: Democracy Indian Style. Subhas Chandra Bose and the Creation of India's Political Culture, New Brunswick 2003, Transaction Publ., 318 S., 35,99 EUR)

Indien hat wiederholt das besondere Interesse von Politikwissenschaftlern aus westlichen, wirtschaftlich hoch entwickelten, Ländern auf sich gezogen. Dies gilt für die Rolle des unabhängigen Indien in der internationalen Politik ebenso wie für das „Funktionieren“ bzw. die auffällige Stabilität des politischen Systems Indiens als liberale Demokratie. Anton Pelinka nähert sich seinem Thema – „Demokratie in Indien“ – mit zweierlei Bezugspunkten, die miteinander verwoben werden.

Erstens die Deskription und Analyse des politischen Systems – mit seinen institutionellen und akteurspezifischen Strukturen und den Funktionen, die diese Strukturen in der politischen Praxis übernehmen: Dazu gehören Kapitel über die historischen Wurzeln des politischen Systems Indiens, über die Verfassungsstruktur als föderale parlamentarische Demokratie, eine Analyse der Entwicklung der indischen Parteienlandschaft, zu den besonderen Instrumenten und Praxen der Integration von Interessen unterschiedlicher Regionen, Sprachgruppen und Kasten sowie ein Kapitel über die indische Außenpolitik bzw. die Rolle Indiens in der internationalen Politik.

Diese Abschnitte wechseln sich zweitens ab mit Kapiteln über die Positionen und das Wirken von Subhas Chandra Bose, der neben Jawaharlal Nehru als der zweite zentrale „politische Ziehsohn“ Gandhis galt. Dabei ist Bose, der im August 1945 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, eine der widersprüchlichsten Personen der indischen Unabhängigkeitsgeschichte. Letzteres insbesondere auch aus dem Grund, dass er – obwohl im linken Lager des Kongresses angesiedelt – wiederholt die Nähe faschistischer Politiker in Europa suchte und explizit für die Vision einer „Symbiose aus Sozialismus und Faschismus“ (z. B. S. 86) eintrat.

Die Verknüpfung dieser beiden Stränge macht „Demokratie in Indien“ zu einem analytisch gehaltvollen, über weite Strecken zugleich aber auch spannend zu lesenden Buch. Dabei folgt Pelinka bei der Erklärung der auffälligen Stabilität der indischen Demokratie im Wesentlichen der Argumentation von Arendt Lijphart. Die Funktionsfähigkeit der indischen Demokratie beruht demnach auf der andauernden Herausforderung bzw. der gelungenen Praxis der Integration und des Ausgleichs zwischen unterschiedlichen

Religionen, Sprachgruppen und Kasten. Anders als Jinnahs Modell eines auf religiöser Homogenität basierenden Pakistan (das keine stabile Demokratie hervorbrachte) war das Modell der indischen Nation – nach der Konzeption von Gandhi, Nehru und auch Bose – von Anfang an eines einer auf Säkularismus und Pluralismus basierenden Gemeinschaft. Das politisch-institutionelle Gefüge, das einen solchen Ausgleich möglich macht, wird von Pelinka überzeugend und gut nachvollziehbar beschrieben und analysiert: parlamentarische Demokratie nach dem Westminster-Modell; föderalstaatliche Struktur; unabhängige Höchstgerichte; besondere Vertretungsrechte für Minderheiten; Integration durch regionale und zum Teil auch inhaltlich-rechtliche Autonomie; Zwang zum und Praxis des Interessenausgleiches innerhalb der lange dominanten Kongress-Partei; nunmehr Zwang zum Interessenausgleich zwischen größeren Parteien und einer Vielzahl von regional orientierten Kleinparteien.

Ein solches Modell der Machtteilung bzw. der „Conso-ciational Democracy“ braucht freilich über weite Strecken, wie Pelinka es ausdrückt, eine „politische Kultur der Geduld“. Subhas Chandra Bose – und seine Geschichte ist das zweite wesentliche Element des gegenständlichen Werkes – hatte diese Geduld nicht bzw. in weit geringerem Ausmaß als Nehru und insbesondere Gandhi. In einer Kombination aus Sozialismus und Faschismus sah er die Möglichkeit einer raschen Modernisierung Indiens. Anders als Gandhi glaubte er nicht, dass Gewaltfreiheit das probate Mittel zur Durchsetzung der indischen Unabhängigkeit sei. Und für Fragen der Demokratie zeigte er eine „geringe Sensibilität“ (z. B. S. 236), was es ihm erleichterte, im faschistischen Italien und auch im deutschen Nazi-Regime potentielle Verbündete im Kampf für die Unabhängigkeit Indiens zu sehen. Das dahinter liegende strategische Muster – „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ – brachte ihn schließlich an die Seite Japans, wo er 1943 eine Exilregierung gründete und mit der Armee dieser Regierung, der Indian National Army, gegen die Briten Krieg führte. Die Gegenüberstellung der inhaltlichen Positionen und Strategien der drei wesentlichen Protagonisten der indischen Unabhängigkeitsbewegung – Gandhi, Nehru und Bose – ist besonders erhellend und zeigt, dass die Strategie des gewaltfreien Widerstandes eben nur ein Element derselben war. Zugleich wird deutlich, wie stark die weitere Entwicklung des Modells Indien mit den Vorstellungen dieser prägenden Persönlichkeiten der indischen Unabhängigkeitsbewegung zusammenhängt – vor allem dann, wenn Ihre Positionen mit jenen von Jinnah kontrastiert werden. Ob sich Indien nach 1945 anders entwickelt hätte, wenn Bose nicht vor der Unabhängigkeit gestorben, sondern weiter aktiv an der Politik teilgenom-

men hätte, ist Spekulation. Jedenfalls scheint das Indien, wie es sich nach 1947 entwickelte, nur begrenzt mit der „Ungeduld“ eines Subhas Chandra Bose kompatibel.

Insgesamt ist Anton Pelinkas Buch über die indische Demokratie und Subhas Chandra Bose politikwissenschaftlich informativ und gehaltvoll, sprachlich gut geschrieben und zugleich – insbesondere vermittelt über die Geschichte von Subhas Chandra Bose – of geradezu spannend. Kritisch ist anzumerken, dass – liest man das Buch in einem Zug – einige Wiederholungen und Redundanzen augenscheinlich sind. Auf der anderen Seite ermöglichen es diese Wiederholungen, dass fast jedes Kapitel auch für sich genommen – quasi als eigener Text – gelesen werden kann, ohne dass gröbere Verständnisprobleme auftauchen.

Marcel Fink (Wien)

E-Mail: marcel.fink@univie.ac.at

Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.)

EUROPÄISCH DENKEN UND LEHREN. Festschrift für Heinrich Neisser, Innsbruck 2007, innsbruck university press, 316 S., 35,00 EUR.

Heinrich Neisser hat sich in Wort und Tat für die Europäische Integration große Verdienste erworben. Aus der Staats- und Verwaltungswissenschaft und der politischen Praxis kommend, widmete er sich ab 1999 an der Universität Innsbruck dem zum neuen Thema aufgewerteten Lehrfach „Europäische Integration“. Zu seinen Ehren haben nun Anton Pelinka und Fritz Plasser einen Sammelband zu eben diesem Thema editiert, das passend zur Person Neissers prominente Weggefährten aus Politik- und Staatswissenschaft sowie der österreichischen und europäischen Politik versammelt. Ziel ist eine Reflexion über den europäischen Diskurs, der kritische Stimmen und gegenwärtige Problemlagen ausdrücklich einschließt.

Auf letztgenannte Aspekte gehen die Herausgeber in sehr gelungenen Beiträgen selbst ein. Anton Pelinka macht sich auf die Suche nach den Ursachen für den gerade in Österreich selbst immer wieder vorfindbaren Euroskeptizismus (S. 233–247). Er benennt die verschiedenen Gräben innerhalb des europäischen Clubs, dem es gerade nach der erfolgreichen Osterweiterung an einer festen Zielgröße fehle. Blockaden entstünden entlang von sechs Dimensionen: horizontal durch Abwehrrhaltungen seitens der politischen Ränder, vertikal durch das Spannungsfeld zwischen Eliten und der Gesellschaft („EU als Elitenprojekt“), international durch die außenpolitische „Liliputstellung“ der EU gegenüber dem „Gulliver“ USA, historisch durch die unterschiedliche Erwartungshaltung der traditionellen Gründerstaaten und der neuen Mitgliedsstaaten,

ökonomisch durch die Spaltung in „Nettozahler“ und „Nettoempfänger“ sowie kulturell-religiös im Zusammenhang mit dem Islam und der Türkeifrage.

Diese Systematik erleichtert den Blick auf das Forschungsfeld „Euroskeptizismus“, das für nationale Positionen und Einstellungen in der Bevölkerung hohe Relevanz besitzt. Das zeigt Fritz Plasser anhand der euroskeptischen Österreicher auf (S. 249–255). Problematisch sei, dass sich der „harte“ Kern der EU-Skeptiker von der redaktionellen Europaberichterstattung gänzlich abgekoppelt habe. Jüngst forcierte PR-Kampagnen der Europäischen Kommission erführen dadurch schnell ihre Grenzen. Gleichwohl besteht bei allem kritischen Nachdenken kein Grund zur größeren Sorge. Wie Erna Appelt in ihrem Beitrag über das Europa-Bewusstsein herausstellt (S. 13–21), hat ein langfristig angelegter europäischer Verständigungsprozess längst eingesetzt. Mittelfristig entscheide die Frage der inneren und sozialen Sicherheit über das Gelingen des Projektes „Europa“. Dazu zählt der Rekurs auf die Vergangenheit, die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts und ihre Überwindung. Mit Fug und Recht lässt sich die vergangene Epoche als ein „Europa der Diktaturen“ bezeichnen. Günter Bischof mahnt diesen Aspekt an (S. 43–49), indem er auf das Engagement Neissers verweist, der sich stark für eine angemessene österreichische Restitutionspflicht gegenüber den überlebenden Opfern von Holocaust und Vertreibung einsetzte. Die Zukunft Europas kann nach Ansicht des ehemaligen EU-Kommissars Franz Fischler nur auf einem „Global Governance, nicht Government“ beruhen. Bereits jetzt Sorge ein umfassender, einklagbarer Grundrechtskatalog für demokratische Legitimation (S. 111–116).

Mehrere Beiträge nehmen gerade die Universitäten ganz im Sinne des Geehrten in die Pflicht. Der gleichermaßen chancenreiche wie in der Umsetzung schwierige Bologna-Prozess mache eine Neuauslotung von Forschung und Lehre notwendig. Peter Gerlich postuliert eine Lehre durch Reisen (S. 139–148). So organisierte er gemeinsam mit Heinrich Neisser eine Brüsselfahrt, die eine Station „Waterloo“, Ort des entscheidenden Sieges der Engländer und Preußen über Napoleon im Jahr 1815, einschloss. Eine Verbesserung der europäischen Identität setze Anschauung voraus. Für den Bürger müsse die EU endlich erlebbar werden. Konkret-politisch bedeute das: Europaweite Referenden über Fragen allgemeinen Interesses wie des Rauchverbots können die Bürger mehr mobilisieren als die second-order-Wahlen zum Europäischen Parlament.

Insgesamt haben die Herausgeber eine lesenswerte Festschrift vorgelegt. Die einzelnen Abhandlungen sind informativ „auf den Punkt“ gebracht, was im sozialwissenschaftlichen Diskurs eher unüblich ist. Sie ermöglichen zudem einen vielschichtigen Blick auf den zeitgenössischen Stand der Europäischen Integrationsdebatte, legitimieren das Fach selbst und immunisieren es gegen die Kritik, oberflächlich und unwissenschaftlich zu sein. Ein versteckter Appell dringt zudem als bleibender Eindruck durch: Es

wäre schade, würden die politischen Eliten Europas und Österreichs diese Denkanstöße entlang der Schnittstelle „interdisziplinäre Wissenschaft und politische Praxis“ nicht aufnehmen.

Florian Hartleb (Chemnitz)
florian_hartleb@web.de

Donatella Della Porta/Mario Diani

SOCIAL MOVEMENTS: An introduction, 2nd revised ed.
Malden, Mass. 2005, Blackwell, 360 S., 27,99 EUR.

Angesichts der rasch wachsenden Literatur zum Thema „neue soziale Bewegungen“ können zusammenfassende Lehrbücher Studierenden, Lehrenden und Forschenden, die sich in diesem Forschungsfeld orientieren wollen, wichtige Dienste leisten. Donatella Della Porta (European University Institute, Florenz) und Mario Diani (Universitäten Trient und Strathclyde) bieten in ihrer stark überarbeiteten, aktualisierten zweiten Fassung einer erstmals 1998 erschienen Einführung einen Überblick, der zwar, so die Autoren, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, jedoch die zentralen Anliegen der Bewegungsforschung herausarbeiten will.

Der Begriff der „neuen sozialen Bewegung“ (im Weiteren NSB) bezeichnet charakteristische Protestformen in Konfliktsituationen, die sich nicht mehr allein (mitunter aber auch) aus Klassenlagen erklären lassen und wesentlich im öffentlich-zivilgesellschaftlichen Raum, tendenziell jenseits repräsentativer Institutionen und Organisationen stattfinden. Beispiele hierfür sind etwa die Ökologie-, Frauen-, Antikernkraftbewegungen, aber auch die in jüngerer Zeit in den Vordergrund getretene Anti-Globalisierungs (oder Anti-Neoliberalismus) -bewegung, die als Wiederkehr des kapitalismusinherenten Kernkonflikts gelten mag. Entsprechend der Vielfaltgestaltigkeit NSB ist der Band reich an Beispielen. Jedes Kapitel beginnt mit einer Falldarstellung von Bewegungspolitik, an der sich die folgende Argumentation entwickelt; etwa der Protestwelle mit den französischen Eisenbahnerstreiks Mitte der 1990er-Jahre, Experimenten mit Bürgerbeteiligung im Porto Alegre, der Gewalteskalation bei den G8-Protesten in Genua im Sommer 2001 u.a.

Die neun Kapitel sind grob nach vier Themenbereichen gegliedert: Theoriengeschichte und Konzepte, symbolisch-kulturelle Aspekte, organisatorische Charakteristika von NSB und Interaktion von Bewegungen und politischem System. Zu den Kapiteln im Einzelnen. Kapitel 1 referiert die großen theoretischen Zugänge zu NSB, die verknüpft sind mit Namen wie Claus Offe, Alberto Melucci, Jürgen Habermas, Alaine Tourain, Manuel Castells. Über die Fragen nach den Entstehungsbedingungen von NSB ge-

langen die Autoren zu den für die Bewegungsforschung zentralen Begriffen „ressource mobilization“ und „politischer Gelegenheitsstrukturen“ (political opportunity structures), was die Eigenschaften politischer Systeme – z.B. „Offenheit-Geschlossenheit“ oder „Inklusion-Exklusion“ – bezeichnet, die den politischen, sozialen aber auch kulturellen Kontext für Bewegungshandeln bilden.

Kapitel 2 reflektiert das Platzgreifen NSB in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts vor dem Hintergrund von Wandlungsprozessen in Wirtschaft, Staat und Kultur, insbesondere der Ausweitung der neuen Mittelklassen und wohlfahrtstaatlicher Regimes bei zunehmender sozialer Fragmentierung. Deutlich wird dabei, dass allein der Umstand, dass bestimmte soziale Gruppen sozialer Deprivation ausgesetzt sind, diese noch nicht mobilisierungsfähig macht. Auf die Frage, ob NSB tatsächlich radikal von der Klassenkonstellation der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts abweichen, antworten die Autoren differenziert: Kapitalismusimmanente Konflikte sind keineswegs passé, insbesondere seit Mitte der 1990er-Jahre haben Proteste gegen „Prekarisierung“ oder „neue Armut“ erneut Konjunktur. Die gestiegene Bedeutung von „Bewegungspolitik“ seit den 1960er-Jahren sollte demnach nicht so sehr als Resultat gesellschaftlichen Wandels denn als Symptom des Ungenügens repräsentativer Politik gegenüber „postindustriellen“ Problemlagen gelten.

Kapitel 3 und 4 behandeln die symbolischen Dimensionen NSB. Kapitel 3 führt nach einer Kritik der Begriffe „Ideologie“ und „Werte“ (values) das Konzept des „frame“ ein – jenes Interpretationsrahmens also, der Mobilisierungsprozessen „Sinn“ verleiht, sie kognitiv organisiert. Die Unterscheidung zwischen Werten und frames hilft zu verstehen, warum Systeme, in denen gleiche Werte gelten, unter bestimmten Umständen kollektives Handeln begünstigen, in anderen aber nicht. Kapitel 4 diskutiert die Bedeutung von Identität für NSB. Der Begriff Identität ist wesentlich, so die Autoren, um die emotionale Unterlegung von individuellem Engagement in NSB zu verstehen – was etwa Ansätze rationaler Nutzenmaximierung nicht vermögen.

Kapitel 5 und 6 wenden sich den organisatorischen Charakteristika und Voraussetzungen von NSB zu. In Kapitel 5 geht es um die Mechanismen, die der Entscheidung zu individuellem Engagement zugrunde liegen. Einen Schlüsselbegriff bildet dabei der des „Netzwerks“. Wie gezeigt wird, haben Netzwerke auf Individualniveau nicht nur erheblichen Einfluss auf die persönliche Bereitschaft zur Beteiligung in Bewegungen, sondern auch auf die Herstellung von Bezügen zwischen Bewegungsorganisationen sowie zwischen Bewegungen und staatlichen Akteuren. Kapitel 6 diskutiert den Einfluss von Organisationstypen in NSB auf deren Mobilisierungspotential und korrigiert die verbreitete Vorstellung von Bewegungsorganisationen als lose strukturiert und gegenkulturell engagiert. Im Gegenteil variieren Organisationsmodelle innerhalb NSB erheblich, reichen etwa von informellen grassroots

Organisationen bis zu hierarchisch strukturierten, professionellen NGOs.

Die Kapitel 7 bis 9 widmen sich den Wechselwirkungen zwischen NSB und politischem System. Kapitel 7 stellt das Protestrepertoire von NSB vor und erläutert das zyklische Auftreten von NSB in den vergangenen Jahrzehnten. Dabei konstatiert ein Subkapitel über den Einsatz von Gewalt (gegen Sachwerte wie auch Personen) als Protestmittel einen langfristigen Trend zum Legitimitätsverlust gewaltförmiger Protestformen. Kapitel 8 widmet sich der polizeilichen Kontrolle (policing) von Protest und erneut dem Thema politische Gelegenheitsstrukturen. Zu Letzteren wird u.a. festgestellt, dass sich das Konzept nicht dazu eignet, Entstehen oder Erfolg von NSB zu erklären. Vielmehr wirft es ein Licht auf deren Erscheinungsbild und typische Strategien. Das neunte und letzte Kapitel fragt schließlich nach den politischen Effekten von NSB sowie deren demokratiethoretischer Bewertung. Auch wenn sich die politischen Effekte von Bewegungspolitik im konkreten Fall oft nicht dingfest machen lassen, betonen die Autoren doch die deutlichen Wirkungen, die diese in langer Frist auf das institutionelle und programmatische Gefüge westlicher Demokratien ausgeübt haben; man denke an die enorme Aufwertung von Umweltrecht und Umweltpolitik seit den 1970er-Jahren oder an die heutige

Bedeutung von Gleichstellungspolitik. Die abschließende normative Diskussion der demokratiethoretischen Rolle sozialer Bewegungen fällt ausgewogen aus: Einerseits zeigen westliche Demokratien vermehrt Neigung mit neuen Formen von Bürgerbeteiligung zu experimentieren und reagieren sensibler auf zivilgesellschaftliche Impulse, andererseits sind NSB in der Verfolgung ihrer Ziele keineswegs immer an Demokratisierung interessiert.

Zu den Leistungen von Della Porta und Dianis New Social Movements zählt u.a. der Überblick, den man zu bisherigen Protestzyklen über einen Zeitraum von mehr als vier Dekaden gewinnt. Während die Autoren aufgrund der unter diesem Titel firmierenden, kaum überschaubaren Vielfalt generalisierende Aussagen vermeiden, gewinnt man aus der Diskussion ferner zahlreiche nützliche Differenzierungen und Begrifflichkeiten sowie brauchbare Erklärungen und Heuristiken. Kritisch könnte man lediglich anmerken, dass die Handlungsbedingungen von NSB im Kontext supra- und internationaler politischer Systeme (z.B. EU, WTO, NAFTA) möglicherweise ein eigenes Kapitel verdient hätten, was aber dem frühen Stadium, in dem sich dieses derzeit sehr aktive Forschungsfeld befindet, geschuldet sein dürfte.

Franz Seifert (Wien)
E-Mail: fseifert@gmx.at

Neuaufgabe erscheint im Herbst!



Elisabeth Holzleithner

Recht Macht Geschlecht

Legal Gender Studies

2., überarbeitete Auflage

facultas.wuv 2008

ca. 200 Seiten, broschiert

ISBN 978-3-7089-0211-1

ca. EUR 24,-

Legal Gender Studies widmen sich der Problematik des Geschlechterverhältnisses im Rechtsdiskurs. Frauen und Männer wurden im Verlauf der Jahrhunderte im Recht immer unterschiedlich wahrgenommen und behandelt. Die kritische Reflexion dieser Tatsache, die oft mit einem rechtspolitischen Reformimpuls einhergeht, hat demgegenüber erst sehr spät eingesetzt. Das vorliegende Buch will einen Überblick über jene Themen geben, die aus Perspektive der Geschlechterdifferenz besonders virulent und problematisch erscheinen. Der Hauptfokus liegt auf Konzeptionen von Gleichheit und Ungleichheit sowie Fragen der Autonomie – im Bereich des öffentlichen Lebens (Politik, Beruf) ebenso wie im Privaten (Intimen, Sexuellen).

www.facultas.at

facultas.wuv

